

Die Zukunft hat eine lange Vergangenheit

Wenn sie von Frieden reden, meinen sie Krieg!

„Der Aufbau einer neuen Welt
des Friedens und der
Freiheit ist unser Ziel ...“

„Die Vernichtung des Nazismus
mit seinen Wurzeln ist unsere Losung ...“

Schwur der Häftlinge des KZ Buchenwald

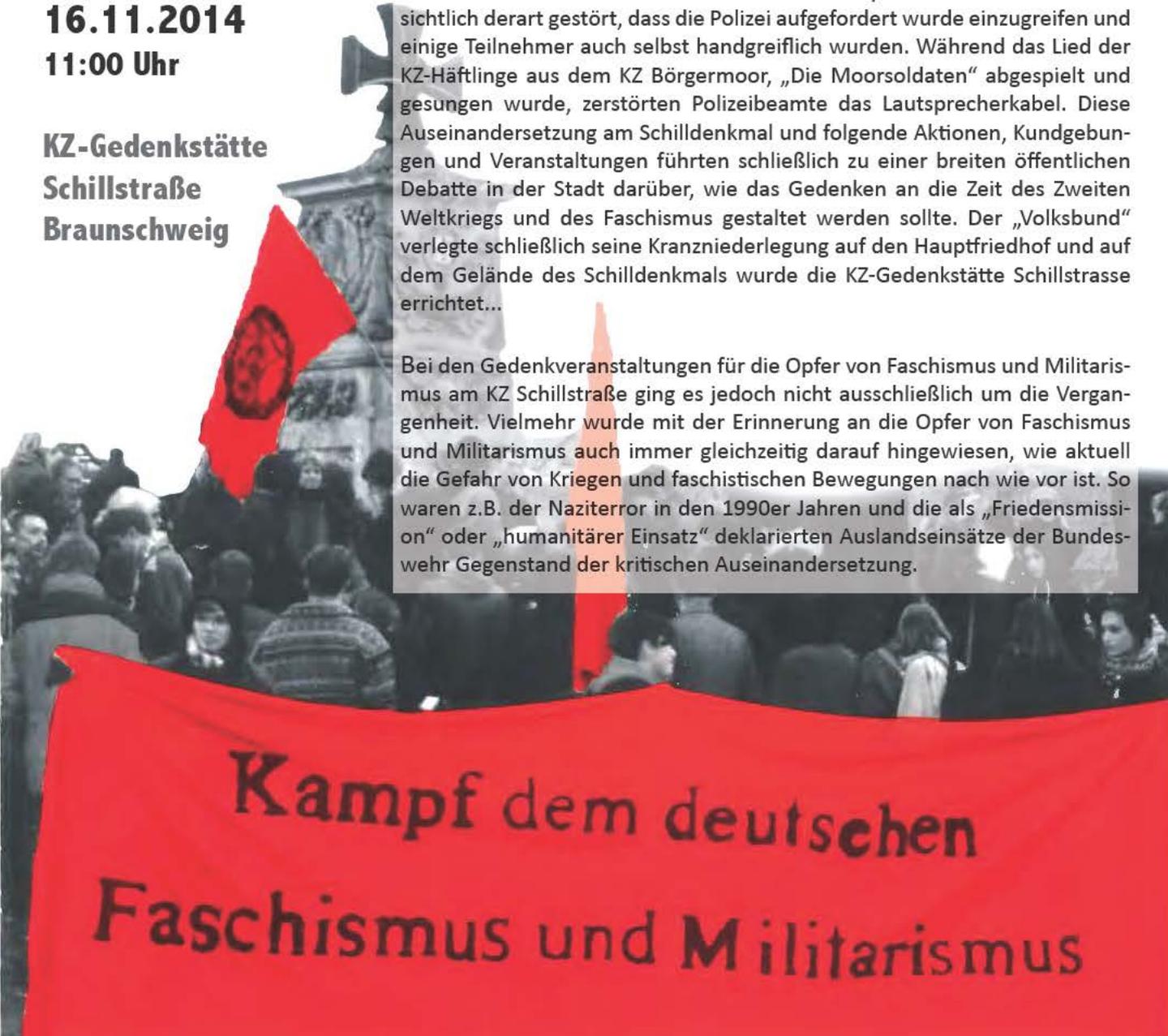
Gedenkveranstaltung für die Opfer von Faschismus und Militarismus

Sonntag
16.11.2014
11:00 Uhr

KZ-Gedenkstätte
Schillstraße
Braunschweig

Am sogenannten „Volkstrauertag“ 1994 riefen das Antifaschistische Plenum und die Jugend Antifa Aktion (JAA) zu einer angemeldeten Kundgebung „Im Gedenken an die Opfer von Faschismus und Militarismus“ am Schilldenkmal auf. Angrenzend an das Schilldenkmal befindet sich das Gelände eines ehemaligen KZ-Außenkommandos, in dem hunderte Menschen als ZwangsarbeiterInnen für die Rüstungsproduktion der Büssing-Werke schufteten mussten. Nichts erinnerte bis dahin an das Leiden und Sterben der Menschen in diesem Arbeitslager. Seit 1955 fand am Schilldenkmal stattdessen eine Kranzniederlegung mit VertreterInnen der Stadt, des „Volksbund deutsche Kriegsgräberfürsorge“, militaristischer Verbände, sowie alter und neuer Nazis für die gefallenen deutschen Soldaten des Ersten und Zweiten Weltkrieges statt. Diese fühlten sich durch das Gedenken an die Opfer des Faschismus offensichtlich derart gestört, dass die Polizei aufgefordert wurde einzugreifen und einige Teilnehmer auch selbst handgreiflich wurden. Während das Lied der KZ-Häftlinge aus dem KZ Börgermoor, „Die Moorsoldaten“ abgespielt und gesungen wurde, zerstörten Polizeibeamte das Lautsprecherkabel. Diese Auseinandersetzung am Schilldenkmal und folgende Aktionen, Kundgebungen und Veranstaltungen führten schließlich zu einer breiten öffentlichen Debatte in der Stadt darüber, wie das Gedenken an die Zeit des Zweiten Weltkriegs und des Faschismus gestaltet werden sollte. Der „Volksbund“ verlegte schließlich seine Kranzniederlegung auf den Hauptfriedhof und auf dem Gelände des Schilldenkmals wurde die KZ-Gedenkstätte Schillstrasse errichtet...

Bei den Gedenkveranstaltungen für die Opfer von Faschismus und Militarismus am KZ Schillstraße ging es jedoch nicht ausschließlich um die Vergangenheit. Vielmehr wurde mit der Erinnerung an die Opfer von Faschismus und Militarismus auch immer gleichzeitig darauf hingewiesen, wie aktuell die Gefahr von Kriegen und faschistischen Bewegungen nach wie vor ist. So waren z.B. der Naziterror in den 1990er Jahren und die als „Friedensmission“ oder „humanitärer Einsatz“ deklarierten Auslandseinsätze der Bundeswehr Gegenstand der kritischen Auseinandersetzung.



Kampf dem deutschen
Faschismus und Militarismus

Das Schilldenkmal:

Das Schilldenkmal wurde 1837 im Gedenken an Ferdinand Schill errichtet, der gegen die napoleonischen Truppen kämpfte und dabei in Gefangenschaft geriet und geköpft wurde. In den Folgejahren waren Gedenkveranstaltungen an diesem Ort davon geprägt, dass sie von den Gedenkenden für die Propagierung ihrer nationalistischen oder militaristischen Vorstellungen genutzt wurden. So kamen auch die Nazis hier 1934 zusammen. 1955 wurde das Denkmal mit dem eingravierten Spruch "Dem Gedächtnis Tausender Soldaten neugeweiht - Söhne aller deutschen Stämme - welche den hier aufgezählten Truppenteilen angehörten, an den Fronten des Krieges 1939–1945 gekämpft haben, gefallen, vermisst sind oder aus Gefangenschaft nicht zurückkehrten" neugeweiht. Die militaristische Tradition wurde somit modernisiert und durch die Ehrung der gefallenen Nazi-Täter an die jüngere Geschichte angepasst.

Das KZ Schillstraße:

Als Außenlager des Konzentrationslagers Neuengamme 1944 errichtet, wurden von hier unter Aufsicht der „Schutzstaffel“ (SS) tausende ZwangsarbeiterInnen vorzugsweise in der Rüstungsproduktion der Braunschweiger Automobilwerke Büssing-NAG zur Arbeit gezwungen. Teilweise reisten Mitarbeiter der Werke persönlich in das Vernichtungslager Auschwitz, um dort direkt nach Arbeitskräften zu suchen. Nachdem ein Bombenangriff im März 1945 die Büssing-Werke zerstörte, wurden die ZwangsarbeiterInnen aus Russland, Frankreich, Lettland, Estland, Polen und Deutschland in verschiedene andere Lager verbracht, bis sie letztlich in Hamburg ankommen sollten, was durch die Bombardierung des Zuges unmöglich wurde. Nachdem sie daraufhin in das KZ-Wöbbelin verbracht wurden, konnten sie dort am 2. Mai von der 30. US-Infanteriedivision befreit werden. Als die US-Streitkräfte am 12. April Braunschweig befreiten, gab es bereits nichts mehr, was auf das KZ-Außenlager Schillstraße hindeutete. Verbliebene Kriegsgefangene und ZwangsarbeiterInnen konnten befreit werden. Nach Genehmigung der Militärregierung konnte die Büssing-NAG am 15. April 1945 die Produktion wieder aufnehmen.

Die Nazis heute in Braunschweig:

Für die Nazis hat der Volkstrauertag auch heute einen nicht zu unterschätzenden Stellenwert. An diesem Tag können sie mit ihrem Erinnern an die Nazi-Verbrecher aus Wehrmacht und SS sich entweder mystisch verklärt mit Fackeln, aufgeblähten Reden an irgendwelchen mit Eisernem Kreuz versehenen Denkmälern in der Pampa treffen oder an das bürgerliche Gedenken anknüpfen. Die Nazis von der Partei „Die Rechte – Braunschweiger Land“ wollten 2012 auf dem Hauptfriedhof bei der Veranstaltung der Stadt aufkreuzen, wurden dort aber von der Polizei weggeschickt. Sie trafen sich dann auf dem Friedhof in Wendhausen. 2013 nahmen sie sogar an der offiziellen Gedenkveranstaltung des „Volksbund“ und der Stadt teil und konnten dort einen Kranz niederlegen. Mittlerweile versuchen sie, neben dem rassistischen Anheizen der Bevölkerung in Kralenriede, die Bombardierung Braunschweigs 1944 über eine Facebookseite und dem Verteilen von Aufklebern zum Thema zu machen. Vorbild sind ihnen die jährlichen „Trauermärsche“ in Dresden, Magdeburg oder Bad Nennendorf, die regelmäßig bis zu tausend und mehr Nazis aus der ganzen BRD und darüber hinaus anziehen und mit denen in geschichtsverdrehender Weise die deutschen Täter zu Opfern erklärt werden.

Heute steht, im Schatten des Schilldenkmals, eine Gedenkstätte für die Opfer der Zwangsarbeit im Faschismus. Auf Tafeln sind die Namen derer zu lesen, die von den Nazis auf ihrem Vernichtungsfeldzug verschleppt und versklavt wurden. Zahlreiche Betriebe haben sich an diesen, billig zur Verfügung gestellten, Arbeitskräften bereichert. Thyssen, Siemens, VW, Mercedes, Büssing-NAG und viele andere sogenannte „Traditionsunternehmen“ haben mit dem von den Nazis begonnenen Zweiten Weltkrieg hervorragende Geschäfte gemacht. Statt einer konsequenten „Entnazifizierung“, wurde eine Politik betrieben in der die ehemaligen Täter in der „demokratisch“ gewandelten Gesellschaft schnell wieder Karriere machen konnten. Denn der Wiederaufbau nach dem Krieg erfolgte in direkter Gegnerschaft zur Sowjetunion (SU). Das bedeutete, dass es nicht nur um Finanz- und Aufbauhilfe im wirtschaftlichen Sinne ging, sondern vor allem auch darum, dass Geheimdienste, Militär, Polizei und Justiz für die Auseinandersetzung mit dem sozialistischen Osten nach außen, als auch gegen oppositionelle Bewegungen im Inneren, fit gemacht werden mussten. Viele Nazis konnten so ihre gewohnten Laufbahnen in den Sicherheitsorganen, im Bildungswesen, in der Justiz, der Politik und in Konzernen wieder nachgehen. Es fanden sich bspw. Mitglieder der 1956 verbotenen Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) teilweise vor den gleichen Richtern wieder, von denen sie bereits zur Nazizeit ins Zuchthaus geschickt wurden. Mit dieser von den westlichen Alliierten (USA, GB, Frankreich) vorangetriebenen Entwicklung ging eine Gedenkpolitik einher, die sich dadurch auszeichnete, über den Holocaust, den Krieg und der Mittäterschaft großer Teile der Bevölkerung einen Mantel des Schweigens auszubreiten. Die Nazis wurden als die großen Verführer verharmlost, denen die Massen auf den Leim gegangen sind, die angeblich gar nicht wussten, was sie anrichteten. Die Kontinuitäten des Faschismus nach seiner militärischen Zerschlagung in Institutionen, Staat und Gesellschaft wurden ausgeblendet. Die Forderung weiter gesellschaftlicher Kreise bis hin zur CDU nach der Sozialisation (also Enteignung und Verstaatlichung) großer Teile des deutschen Kapitals, das als Geldgeber für die Nazis fungierte und massive Profite mit dem Zweiten Weltkrieg gemacht hatte, konnte sich leider nicht durchsetzen. Erst die Generation der 1968er fragte dann offensiv nach der Verantwortung der Eltern im Faschismus und revoltierte gegen den nach wie vor in Bildung und Gesellschaft vorhandenen reaktionären Geist des Faschismus. In den 1990er Jahren waren viele derer, die 1968 als StudentInnen auf die Straße gingen, nach dem ausgerufenen „Marsch durch die Institutionen“, an den Schalthebeln der Macht angekommen. Nun änderte man aber nicht, wie ursprünglich behauptet, das System von innen heraus. Vielmehr wussten die alten Straßenkämpfer um Joschka Fischer (Ex-Außenminister, Grüne), wie sie ihr in den 1970er Jahren erlerntes ideologisches Grundgerüst für die Kriegshetze benutzen konnten. Mit der Lüge, ein „zweites Auschwitz“ zu verhindern, konnte sich die BRD an dem NATO-Angriff auf Jugoslawien 1999 unter der Regierung SPD-Grüne beteiligen. Dies war der

erste Angriffskrieg Deutschlands seit dem Zweiten Weltkrieg. Die Verbrechen des Faschismus wurden nun auch als „Zivilisationsbruch“ anerkannt, aber man inszenierte einen sogenannten „Schlusstrich“ unter die Geschichte. Nun hieß es nicht mehr, dass von Deutschland nie wieder Krieg ausgehen darf, sondern, dass ja gerade Deutschland in der Welt wieder „mehr Verantwortung“ übernehmen müsse, weil man ja aus der Geschichte gelernt und mit ihr abgeschlossen habe. Man sieht sich nun auf Augenhöhe mit den Opfern des faschistischen Terrors, indem gesagt wird, dass ja auch Deutsche „Opfer“ waren. Diese Form des „Erinnerns“ verwischt zwangsläufig, wer was und warum getan hat und stellt Nazi-Deutschland als einen Akteur des Zweiten Weltkriegs neben allen anderen dar. Die Tatsache, dass es ohne den rassistischen Herrenmenschenwahn, die massenhafte Begeisterung für diese Ideologie in der Bevölkerung und die für das deutsche Kapital attraktiven Expansionspläne der Nazis zu diesem Krieg nicht gekommen wäre, wird dabei vergessen. So unterliegen auch die Gedenkstätten für die Opfer des Faschismus, die erst durch Initiativen gegen die Institutionen der BRD durchgesetzt werden mussten, einem Wandel ihrer inhaltlichen Ausrichtung. Nach der Annexion der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) erfuhren die dortigen antifaschistischen Gedenkstätten eine Anpassung an die in der BRD bereits praktizierte Widmung in Gedenkstätten für die „Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft“. „Gewaltherrschaft“ - das ist in dieser Betrachtungsweise wahlweise der NS-Staat oder eben auch die DDR. Der faschistische Terror, das Beginnen eines Weltkrieges, das millionenfache Ermorden von Jüdinnen und Juden in den Vernichtungslagern der Nazis wird hier teilweise zusammengerührt mit der DDR. Dabei wird vergessen, dass die DDR der einzige deutsche Staat war, von dessen Boden nie Krieg ausging. Mit dieser Verkehrung von Ursache und Wirkung, von Aktion und Reaktion werden faschistischer Terror und anti-kapitalistische Bestrebungen gleichgesetzt.

Diese Geschichtspolitik verhöhnt in ihrer Konsequenz die Opfer von Faschismus und Krieg - damals wie heute. Jene Überlebenden, die noch in Schulen oder auf anderen Veranstaltungen berichten konnten, wie es sich zugetragen hat, werden immer weniger. Ihr Verschwinden bedeutet, dass in Zukunft niemand mehr da sein wird, dessen Zeugnis von der Vergangenheit eine unumstößliche Authentizität und somit Wirkung auf die Geschichtswahrnehmung hat. Es liegt an uns, die Geschichte aus dem Blickwinkel jener weiterzuerzählen, die bald nicht mehr da sein werden. Dieses Verständnis von Gedenken, dass die Vergangenheit nicht als abgeschlossene Etappe, sondern als Vorgeschichte zum Jetzt begreift, hat an seiner Aktualität nichts eingebüßt. Bereits in der Gegenwart werden Geschehnisse zu rechtgebogen und instrumentalisiert, wird vertuscht und verharmlost. Nach wie vor wird staatlicherseits im Zusammenhang mit den Taten des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) das Netzwerk ausgeblendet, dass den Terror des NSU in diesem Umfang erst möglich machte und auch die Verknüpfungen mit dem Verfassungsschutz

und anderen staatlichen Stellen werden nur oberflächlich untersucht. Die Ergebnisse der bisher einberufenen Untersuchungsausschüsse werfen in diese Richtung zwar viele richtige Fragen auf, sind aber für keine staatliche Stelle bindend. Nach wie vor werden rassistische und andere Naziübergriffe als solche verharmlost oder gar nicht erst anerkannt.

So wie die Zukunft eine lange Vergangenheit hat, so ist Gedenken kein rückwärtsgewandtes Erinnern, sondern auch das Organisieren von Gegenpropaganda zu den Verdrehungen der Realität durch Politik und Medien. Außenminister Steinmeier (SPD) schreibt da auch in der Gegenwart bereits Geschichte. Im Zuge der Proteste in der Ukraine ließ sich Steinmeier gemeinsam mit dem französischen Außenminister, Vertretern der ukrainischen Opposition von Vitali Klitschko (Udar) über Jazeniuk (Vaterlandspartei) bis hin zu Tjagnibok, dem Vorsitzenden der Nazipartei „Swoboda“, für die Presse ablichten. Seitdem gibt es offiziell für die deutsche Politik in der Ukraine keine Faschisten in Machtpositionen und die Rolle von paramilitärisch organisierten Nazis bei den Maidanprotesten wird heruntergespielt und relativiert. Ebenso das erste Pogrom in der Ukraine seit dem Zweiten Weltkrieg. Am 2. Mai 2014 überfielen hunderte Faschisten des sogenannten „Rechten Sektors“ eine Kundgebung des „Anti-Maidan“ in Odesa. Zahlenmäßig überlegen zwangen die bewaffneten Faschisten die KundgebungsteilnehmerInnen zur Flucht in das nahegelegene Gewerkschaftshaus und zündeten es an. Dutzende Menschen starben in den Flammen, stürzten aus den Fenstern und wurden dort, wenn sie noch lebten, von der Meute totgeschlagen. Bis heute werden die tatsächlichen Akteure dieses Angriffs, nämlich die Nazis der Maidan-Proteste, nicht als solche benannt. Weder in der BRD, noch sonst wo in der EU, zeigt sich spürbares Interesse daran, die Hintergründe zu der Tat und den Tätern aufzuklären und Konsequenzen zu ziehen. Vielmehr ist man hierzulande darauf bedacht zu betonen, dass Faschisten nur einen Teil der Pro-EU-Proteste auf dem Maidan gewesen wären oder sich, wie bspw. die NPD-Schwesterpartei „Swoboda“, mittler-



Verhülltes
Schilldenkmal

weile gemäßigter geben würden. Ja, die Faschisten waren nur ein Teil - aber eben ein Teil, der das Bild der Proteste prägte und eben auch ein Teil, der von den anderen Teilen nicht zurückgewiesen oder bekämpft, sondern anerkannt wurde. Das unter Janukowitsch in letzter Minute gescheiterte Assoziierungsabkommen der Ukraine mit der EU, welches Auslöser für die massiven Proteste in der Ukraine war, soll um jeden Preis zustande kommen. Hierbei wird dann auch mit den faschistischen Mörder- und Söldnergruppen zusammengearbeitet und selbige finanziert, ausgerüstet und ausgebildet. Der massive ukrainische Nationalismus und die damit einhergehende antirussische Hetze auch über die Ukraine hinaus, sind Schritte auf dem Einschwören der Massen auf die kommenden Konfrontationen mit Russland. Der Zusammenbruch der SU, der mit dem Fall der Berliner Mauer 1989 begann, weckte die Begehrlichkeiten des Kapitals nach Märkten, Rohstoffen und Einflusszonen, die vorher verschlossen waren. Seitdem steht die kontinuierliche Expansion von NATO und EU auf der Tagesordnung und ist Ursache für die aktuellen Konfliktentwicklungen in Europa und der Welt. Dabei wird es der ukrainischen Bevölkerung mit dem Einbinden in die Abhängigkeiten von EU und NATO wohl nicht besser gehen. Da die ukrainische Wirtschaft ziemlich am Boden liegt, was auch schon vor den Protesten der Fall war, benötigt sie Kredite von außerhalb. Diese sind auch bereits vom Internationalen Währungsfonds (IWF) in Aussicht

gestellt worden: z.B. bei Rentenkürzungen, Entlassungen im öffentlichen Dienst, Privatisierungen von staatlichen Betrieben wie der Energieversorgung. Es ist das gleiche Programm, das an Griechenland erprobt und für erfolgreich befunden wurde. Für die herrschende Klasse entfällt dabei sogar eine starke Widerstandsbewegung, die durch revolutionäre Positionen heraussticht. Im Gegenteil: Selbst Nazis, die ja ansonsten bzgl. der EU entsprechende nationalistische und rassistische Vorbehalte haben, setzen sich mit Gewalt dafür ein. In den Medien wird dann ein Bild von einer verzweifelt für Demokratie und Menschenrechte und gegen die Polizei des Janukowitsch-Regimes kämpfenden Bevölkerung gemalt. Man entblödet sich nicht mal, bei Live-Berichten von „friedlichen“ Protesten zu lügen, während im Hintergrund Brandsätze von behelmteten und vermummten Knüppelschwingern mit Hakenkreuzen auf ihren Schutzschilden oder SS-Runen auf ihren Helmen geworfen werden. Zum Vergleich: Bei nicht annähernd so heftigen Auseinandersetzungen hierzulande wie bspw. bei der Demo zum Erhalt der Roten Flora in Hamburg am 21.12.2013 oder dem regelmäßigen Blockieren von Naziaufmärschen, wird von „Chaoten, Terroristen, Polithooligans“ und dergleichen gefaselt, werden Gesetzesverschärfungen bis hin zum Schusswaffeneinsatz gefordert oder gleich ganze Stadtviertel über Tage in polizeiliche Sonderrechtszonen verwandelt.

100 Jahre nach dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges, fast 70 Jahre nach Beginn des Zweiten Weltkrieges, ist die Welt immer noch ein von Aufständen, Anschlägen, Konflikten, menschengemachten Katastrophen und Kriegen geprägter Ort. Krieg und Terror sind keine Ausnahmemeldungen in den Nachrichten, sie sind Alltag. Entgegen den Lügen ging und geht es nie um Frieden, Menschenrechte, Sicherheit und Freiheit. Es ging und geht immer nur um den Frieden des Warenkreislaufs, die rechtlich garantierte Absicherung der Ausbeutung, die Sicherheit der Kapitalisten und die Freiheit des Marktes. In diesen Konflikten zwischen den konkurrierenden Machtblöcken und den Konzernen im Wettbewerb werden die Massen immer die Leidtragenden sein. Eine auf ständiger Konkurrenz aufgebaute Gesellschaftsordnung, die darauf ausgerichtet ist, Profitmaximierung zu betreiben, wird diesen Kreislauf nicht verlassen können. Denn Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg gehören zum Kapitalismus wie der Gestank zur Scheiße. Wie vor 20 Jahren, als Antifaschistinnen und Antifaschisten am Schilldenkmal standen, um gegen die ungebrochene Kontinuität des deutschen Militarismus zu demonstrieren, rufen wir vor dem Hintergrund eines europaweiten Rechtsrucks, der Kriegshetze gegen Russland und im Gedenken an alle Opfer von Faschismus und Militarismus - damals und heute - zu einer Kundgebung am 16.11.2014 um 11:00 Uhr am Schilldenkmal auf.

Denn weiterhin gilt:

Aus dem Gedenken an die Opfer des Faschismus erwächst die Verpflichtung zum antifaschistischen Widerstand!



Antifaschistisches Plenum
Cyriaksring 55 * 38118 Braunschweig

www.antifacafe.de/vu